



Programmkonferenz in Hannover am 28. Mai 2011

Bericht Forum 3: Die Verfasstheit Europas zwischen Erweiterung und Vertiefung
Berichterstatter: Andreas Waldowsky

Zwei Impulsreferate bereiteten die Diskussionsrunde vor: Zunächst das Referat von Adolf Schröder (Niedersachsen). Schröder sieht zwei zentrale Herausforderungen: Die Handlungsfähigkeit der EU und die Vermittelbarkeit ihrer Politik. Dabei gäbe es zurzeit zahlreiche Problemfelder: 1. die aktuelle Finanzkrise, 2. das Desaster in der GASP, 3. die Einwanderungs- und Asylpolitik und damit die Frage der Freizügigkeit innerhalb der EU sowie 4. die Energiepolitik.

Es müsse nunmehr vor allem um die Vertiefung gehen und weniger um die Beitrittsfähigkeit einzelner Staaten. Die Frage sei nun, mit welchen Strategien eine Vertiefung angegangen werden könne. Im Zentrum müsse die Demokratiegestaltung stehen. Eine zentrale Rolle komme dem Europäischen Parlament zu. Es gäbe Positives wie Negatives zu berichten. Die Tatsache, dass die Ergebnisse des EcoFin-Rates nun im Parlament diskutiert werden, ermögliche bessere Informationsmöglichkeiten über Verlauf und Inhalt der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister. Auch die im Lissabon-Vertrag verankerte Möglichkeit von europäischen Bürgerinitiativen sei eine positive Entwicklung. Andererseits fehle immer noch ein einheitliches Wahlsystem für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

„Die Dominanz des intergouvernementalen Denk- und Handlungsansatzes muss durchbrochen werden.“

Christan Beck (Berlin) griff zu Beginn seines Impulsreferates einige Anregungen aus der Arbeit und den Plänen der Landesverbände auf. So sei es richtig, das Europäische Parlament ins Zentrum des Interesses zu stellen. Interessant sei es zudem, das Parlament durch europaweite Listen wählen zu lassen. Überlegenswert sei auch die Idee, den Ausschuss der Regionen aufzuwerten und ihn im Institutionengefüge an die Stelle des Rates zu setzen.

Ein nächster konkreter Schritt zur Aufwertung des Europäischen Parlaments sei die Ausübung von wirklichen Kontrollrechten gegenüber einer europäischen Regierung. Dies würde heißen, dass die Kommission von einer parlamentarischen Mehrheit gewählt werden müsste. Im Parlament ständen sich dann Regierungsfractionen und Opposition gegenüber. Dies würde aber auch bedeuten, dass sich das Wesen der Kommission verändere. „Wir haben dann eine andere Kommission.“ Einzelne politische Richtungen wären dann zumindest zeitweise in der Kommission nicht vertreten. Die Kommissionen der letzten Jahre wären zwar mehrheitlich von konservativen Politikern gestellt worden. Ihre Politik sei aber de facto vom bürokratisch-institutionellem Gefüge Brüssels geprägt worden und somit pragmatisch und progressiv gewesen. Dies könne sich ändern. Zudem könnten Kommissionen leichter abgewählt werden. Über diese Auswirkungen müsste man sich im Klaren sein.

Ein weiterer wesentlicher Schritt für die Stärkung des europäischen Parlaments sei eine Stärkung des Haushaltsrechtes durch mehr eigene Steuereinnahmen. Wenn

Europa mehr Kompetenzen erhalten soll, brauche es auch die entsprechende finanzielle Ausstattung. Dann würde auch automatisch das Interesse der Politik an Europa steigen. Als Beispiel hierzu führte Beck den New Deal in den USA der dreißiger Jahre an. Die Reformpolitik Präsident Roosevelts habe dazu geführt, dass erhebliche finanzielle Mittel von den Bundesstaaten auf die Bundesebene verlagert worden wären. Damit hätten die Parteien, die traditionell in den Bundesstaaten verankert gewesen waren, ein ganz neues Interesse an der nationalen Politik entwickelt.

Im Anschluss an die beiden Impulsreferate entwickelte sich eine angeregte Diskussion unter den zwölf Vertretern aus den norddeutschen Landesverbänden. Herr Prof. Joachim Gasielki (Mecklenburg-Vorpommern) moderierte die Diskussion und fasste am Ende zusammen, dass es im Wesentlichen um drei Problemschwerpunkte gegangen wäre:

Zum einen um das Verhältnis zwischen EU-Politikern und den Bürgern. Hierbei wurde besonders über die Rolle, die die Europa-Union bei der Vermittlung des europäischen Gedankens spielen könne, diskutiert. Zudem war umstritten, ob eine Polarisierung der Parteien im Europäischen Parlament und ein europaweiter Wahlkampf mit wenigen Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten zu einem steigenden Interesse an den Europawahlen führen können. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Europäische Parlament in den letzten Jahrzehnten beständig an Kompetenzen hinzugewonnen habe, aber die Wahlbeteiligung dennoch rückläufig ist.

Ein weiteres zentrales Thema in der Diskussion war die Frage nach dem Vorrang einer Vertiefung vor möglichen Erweiterungen. Es herrschte Konsens, dass die EU zurzeit eine Phase der Vertiefung der europäischen Integration benötige. Dennoch könne Ländern, die die Kopenhagener Bedingungen erfüllten, eine Mitgliedschaft nicht mit dem Hinweis auf die internen Probleme der EU verweigert werden. Weitgehend unstrittig war, dass die kleineren Länder des westlichen Balkans wohl in absehbarer Zeit Mitgliedsstaaten werden können. Die Frage sei aber, ob eine Diskussion über eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei, der Ukraine oder gar Russlands überhaupt geführt werden sollte. So stellte sich die Frage nach den Grenzen Europas und damit der EU. Ein Grundsatzprogramm solle eher eine funktionale Definition der europäischen Grenzen enthalten und keine definitive Aussage für oder wider die Mitgliedschaft einzelner Staaten. Schließlich enthält das Hertensteiner Programm den Hinweis auf eine Weltunion. Somit mache die Diskussion letztlich nicht an den Grenzen Europas halt. Fraglich sei, ob man an der Idee einer Weltunion festhalten wolle.

Der dritte zentrale Punkt der Diskussion war die von den beiden Impulsreferaten aufgeworfene Frage nach einer Demokratisierung der EU. Es herrschte dabei weitgehend Konsens über die von Christian Beck aufgestellten Thesen und Forderungen. Allerdings konnte sich nicht geeinigt werden, welche Kompetenzen konkret an die EU übertragen werden sollen, damit diese auch über höhere finanzielle Mittel entscheiden könne. Es fand auch keine Zustimmung pauschal einen bestimmten Prozentsatz für die Ausstattung mit Eigenmitteln zu fordern. Von zentraler Bedeutung sei auch die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins. Hierzu komme der Bildungspolitik eine entscheidende Aufgabe zu. Sprachen müssten bereits frühzeitig unterrichtet werden und das Ziel der Mehrsprachigkeit konsequent verfolgt werden.